

Sehr geehrtes Präsidium der Universität Lüneburg,

Sehr geehrte Lehrende der Universität Lüneburg,

am 13.03.2020 traf sich an der Universität Lüneburg zum ersten Mal der Krisenstab, um über die anstehenden Maßnahmen aufgrund der Corona Pandemie zu sprechen. Wohl kaum jemand hätte zu diesem Zeitpunkt vorhergesehen, dass wir uns nun - 10 Monate später - weiterhin im Ausnahmezustand befinden und noch weitreichendere Einschränkungen erleben.

Dass von Anfang an Student\*innen in den Krisengesprächen anwesend waren, hat sich als sehr wertvoll erwiesen. Wir richten uns mit diesem Brief an Sie, da wir trotz der vielen Gespräche und schon getroffenen Maßnahmen daran erinnern möchten und müssen, dass die Situation sich für uns als Student\*innen weiterhin äußerst schwierig gestaltet und in einer Vielzahl an Aspekten dringender Handlungsbedarf besteht.

Im Folgenden möchten wir diesen Handlungsbedarf verdeutlichen und an Sie als Präsidium der Universität Lüneburg appellieren, unsere Empfehlungen umzusetzen.

Anhand der Ergebnisse einer [niedersachsenweiten Umfrage](#) zum ersten digitalen Semester wurde die herausfordernde Situation bestätigt. Es ist anzunehmen, dass sich die Lage weiterhin verschärft hat, da in der Umfrage das zweite digitale Semester noch nicht einbezogen ist.

1. Nur jede\*r dritte Studi konnte in dem vergangenen Semester 30 CPs absolvieren
2. 70% der Student\*innen haben vermehrt Konzentrationsprobleme
3. Mehr als jede\*r ritte hat weniger Geld als vor der Pandemie zur Verfügung
4. Rund 44% der Student\*innen erleben regelmäßig Internetzusammenbrüche
5. 70% der Student\*innen stellen fest, dass die Arbeitsbelastung im Vergleich zum letzten Semester deutlich stieg
6. Über 50% der Student\*innen klagen über vermehrte Rücken- und Augenschmerzen
7. Knapp 20% der Student\*innen wohnen mit einer Person aus der Risikogruppe zsm. 10% gehören selbst einer an
8. 65% der Student\*innen wünschen sich fürs nächste Semester Lernvideos zstl. zu Livestreams

Seit dieser Erhebung im Sommer 2020 stellen wir aktuell fest, dass die Forderungen des Solidarsemesters mehr als berechtigt waren und diese die weitreichenden Folgen der Pandemie für Student\*innen auch nur in Teilen bremsen können.

Dass wir nun in Niedersachsen einen Beschluss zur Verlängerung der Regelstudienzeit haben, ist ein erster Schritt. Dieser Schritt wurde von den Student\*innen erreicht, jedoch steht hier die Umsetzung noch aus. Andere Bundesländer verabschieden nun auch im Wintersemester 2020/21 eine entsprechende Regelung (wie z.B. [Hamburg](#) und [Sachsen](#)).

Konkret weisen wir Sie mit diesem Brief darauf hin, dass davon auszugehen ist, dass die geplante Prüfungsphase erneut, wie bereits im März 2020, zu doppelter Belastung im Folgesemester und einer Verlängerung der Studienzeit führen wird.

Speziell da die Umsetzung der digitalen Lehre bisher durchwachsene Resultate gezeigt hat und Wissensvermittlung nicht wie in einem Präsenz-Semester stattfinden kann, bleibt der Lernerfolg bei vielen Student\*innen auf der Strecke, weshalb im Schnitt weniger Module/CPs (s. o.) geleistet werden.

Des Weiteren sieht die finanzielle Situation vieler Student\*innen durch Lohnausfälle bei Nebenjobs schlecht aus, weshalb Bafög-Zahlungen eine noch wichtigere Rolle spielen. Eine Ausweitung der Regelstudienzeit sorgt in diesen Fällen dazu, dass die finanzielle Grundlage für diese Student\*innen länger gesichert ist.

Wir bitten Sie daher, sich für eine Ausweitung der Regelstudienzeit einzusetzen, damit der erfolgreiche Bildungsabschluss für alle Student\*innen unabhängig von der finanziellen Anfangsausstattung möglich ist!

Wir wissen, dass an dieser Herausforderung mit höchster Konzentration gearbeitet wird, doch zum jetzigen Stand müssen wir feststellen, dass weder eine rein digitale noch eine rein präsente Prüfungsphase den notwendigen individuellen Umständen der Studierenden gerecht werden kann. Darüber hinaus gab es zwar auch im vorangegangenen Semester Unsicherheiten bei Student\*innen wie auch Lehrenden ob der endgültigen Form der Prüfungsabnahme. Trotz der Neuheit der Situation zu diesem Zeitpunkt gab es jedoch Fristen und Ankündigungen, auf die die Student\*innen sich zumeist verlassen und sich entsprechend auf ihre Prüfungen vorbereiten konnten.

Während die Situation in diesem Semester bekannt war, befinden wir uns nun - einen Monat vor der Prüfungsphase - parallel zu im Sommersemester ungenannt hohen Inzidenzwerten und doch herrscht über die Prüfungsform in den meisten Fällen noch ein hoher Grad an Unsicherheit. Wir möchten auf keinen Fall für eine Verschiebung der Prüfungsphase plädieren, sondern für eine duale Prüfungsphase.

Konkret bedeutet dies, dass wir sowohl ein Angebot für eine digitale Prüfungsform als auch - in Ausnahmefällen - ein Angebot in Präsenz benötigen, welches den aktuellen Hygienevorschriften entspricht, da allein dadurch technischen Problemen entgangen werden kann und allen eine Teilhabe ermöglicht wird.

Die Student\*innen sollten aber auch die Entscheidungsfreiheit haben, ob sie Prüfungen ohne Folgen nicht absolvieren. Insbesondere angesichts möglicher Einschränkungen des Bewegungsrisikos sowie des erheblichen Infektionsrisikos bei Reisen im öffentlichen Personennahverkehr bestehen erschwerte Bedingungen. Hier muss es durch eine zweite Prüfungsphase eine zeitnahe Wiederholungsmöglichkeit geben. Dies ist besonders zum Schutz der Student\*innen aus Risikogruppen notwendig, welche Reisen und dem damit verbundenen Infektionsrisiko aus dem Weg gehen wollen! Des Weiteren können dadurch weiteren Verlängerungen für zukünftige Absolvent\*innen vorgebeugt werden.

Wir bitten Sie, die Einführung einer Freiversuchsregelung für Prüfungen zu erwägen, wie es andere Universitäten es bereits im vergangenen Semester getan haben. Dadurch würde die Angst vor einer nicht bestandenen Prüfung nicht zu weiteren Belastungen führen. Dies wurde auch bereits durch den niedersächsischen Minister für Wissenschaft und Kultur in einem Brief an die Student\*innenvertretungen als Option genannt.

Eine solche Regelung ist dabei erst recht sinnvoll, wenn die eingangs erwähnte Verlängerung der Regelstudienzeit um ein weiteres Semester umgesetzt wird, denn nur dann wären Student\*innen von dem zusätzlichen Druck befreit, welcher eine nicht bestandene Prüfung durch die Folgen einer verlängerten Studienzeit (Bafög, Langzeitstudiengebühren) mit sich bringt. Die Verlängerung der Regelstudienzeit sollte mindestens eine Maßnahme sein, die in individuellen Fällen greift, beispielsweise bei Pflichtpraktika, da diese aufgrund der Corona-Pandemie oftmals nicht erfolgreich durchgeführt werden können.

Des Weiteren erlebten wir bereits in den letzten 10 Monaten unerwartete und neue [finanzielle Herausforderungen](#) für Student\*innen und eine damit einhergehende wachsende Bildungsungerechtigkeit (vor allem für Arbeiter\*innenkinder). Aber auch das Wegbrechen sozialer Interaktionen an den Hochschulstandorten erschwert das "normale" Studieren, da dies die psychische Belastung erheblich steigert, worauf im nachfolgenden noch genauer eingegangen wird.

Die Vergleichbarkeit der Prüfungen und auch die Freiheit der Wissenschaft durch dieses vorgeschriebene System mag eingeschränkt werden. Dennoch erscheint es uns derzeit als einzige Möglichkeit, den aktuellen Einschränkungen bestmöglich entgegenzutreten.

Anders als von vielen erwartet, war dieses Semester keinesfalls einfacher zu bewältigen als das vorherige. Im Gegenteil: durch die anhaltend bedrohliche Pandemielage wurden soziale Kontakte weiter eingeschränkt, die Möglichkeit für gemeinsame Lerngruppen verschlechtert und auch finanzielle Belastungen sowie Betreuungsgengpässe für Kinder und Angehörige haben sich verschärft.

Wie alle Teile der Gesellschaft, sind wir als Student\*innen von den neuesten Maßnahmenpaketen aus der Politik betroffen. Mit einher kommt der Druck, gute Bewertungen für unseren Studienerfolg zu erzielen und tatsächliches Wissen zu erlangen. Sicherlich stimmen Sie uns zu, dass diese Faktoren nicht nur aus den oft gut geplanten Seminaren und spannenden Themen entsteht, sondern auch aus dem Miteinander auf dem Campus und den direkten Gesprächen zwischen der gesamten Hochschulgemeinschaft, welche aktuell nur stark begrenzt möglich sind.

Diese Tatsachen kumulieren in einer anhaltenden psychischen Belastung für eine Vielzahl der Student\*innen, was die bereits erwähnte Umfrage bestätigt: so litten etwa 70 % der Befragten vermehrt an Konzentrationsproblemen und mehr als jede\*r dritte hatte weniger Geld als vor der Pandemie zur Verfügung. Durch den zweiten, verschärften Lockdown seit Anfang November wurde die Situation seitdem massiv verschärft und finanzielle sowie psychische Sorgen haben sich ausgeweitet, wie verschiedene Studierendenwerke in ihrer Jahresbilanz bestätigen (siehe ZEIT ONLINE: [Finanzielle und psychosoziale Sorgen belasten Studierende](#)).

Konkret besteht an der Universität Lüneburg ein Mangel an psychologisch-therapeutischer Beratung, da das Angebot des Studentenwerkes [sic] hier ebenfalls überlaufen ist. Genau eine solche Beratung wäre jedoch für viele Student\*innen eine enorm wichtige Anlaufstelle, um persönlichen Krisen zu begegnen und dauerhaften psychischen Krankheiten vorzubeugen.

Daher sprechen wir uns für ein schnelles Ausweiten der psychologischen Beratungsstelle seitens der Universität - ob in Kooperation mit dem bereits bestehenden Angebot des Studentenwerkes [sic] oder durch ein zusätzliches, hochschulinternes Angebot - aus. Zudem muss das Angebot stärker beworben und dadurch für alle Student\*innen sichtbar werden.

Auch wir geben tagtäglich in unserem Studium unser bestes, die Chancen der Digitalisierung zu ergreifen. Leider erleben wir dabei, dass zwar auf der einen Seite umfassende digitale Kompetenz erwartet wird, diese auf der anderen Seite allerdings auf Ungerechtigkeiten beruht. In vielen Seminaren werden mittlerweile alternative Prüfungsformen wie audio-unterlegte Präsentationen erprobt. Dies ist eine gute und sinnvolle Entwicklung! Wir sehen es allerdings als kritisch an, dass hierbei nicht nur die ohnehin für den digitalen Universitätsalltag benötigte Hardware, sondern auch privat zu beschaffende Zugänge ein besseres Ergebnis erzielen. Dies kann nicht im Sinne der Bildungsgerechtigkeit an der Hochschule sein.

Statt als Konsequenz digitale Kreativität zu unterbinden, schlagen wir deshalb vor, in Softwarelizenzen für Student\*innen zu investieren sowie Schulungsangebote auszuweiten. Zum Beispiel stellt die Universität bereits viele Softwareangebote zur Verfügung. Allerdings sind diese oft nur auf Computern auf dem Campus verfügbar, wie etwa die Statistik-Software SPSS. Da es derzeit nicht möglich ist, zum Campus zu kommen und zu arbeiten, sollten Wege

gefunden werden, wie solche Lizenzen per VPN oder Remote Access zugänglich gemacht werden können. Auch sollte in Erwägung gezogen werden, ob das Angebot insgesamt ausgeweitet wird. So ermöglicht ermöglicht zum Beispiel die Universität Hamburg, günstig Software wie Adobe Photoshop oder InDesign zu beziehen, während die Universität Göttingen allen Student\*innen Zoom-Campuslizenzen zur Verfügung stellt.

Auch muss für alle Student\*innen ein Konferenztool zur Verfügung stehen, da dies nicht nur für die Lehrveranstaltung selbst, sondern auch für Lerngruppen derzeit essentiell ist. Um dies zu ermöglichen, ist ggf. eine Kooperation mit anderen Hochschulen in Betracht zu ziehen. Bei all den genannten Punkten ist es uns zusätzlich wichtig, dass die künftigen Entwicklungen noch transparenter kommuniziert werden.

Zusammenfassend sprechen wir uns für die folgenden Punkte aus:

- Duale Prüfungsphase
- Option zur Präsenz- oder zur Digitalprüfung
- Freiversuchsregelung für Prüfungen
- Einsatz der Uni zur Verlängerung der Regelstudienzeit
- Erweiterung des Softwareangebots und der Schulungen
- Ausweitung des psychologisch-therapeutischen Beratungsangebotes und stärkere Sichtbarkeit desselben

Als diejenige Generation, die den gesellschaftlichen Umbruch durch die Corona-Pandemie inmitten der Bildungsphase ihres Lebens durchläuft, sehen wir uns einer großen Ungewissheit ausgesetzt. Sowohl die Qualität des Studiums, als auch die Studienplanung und mögliche Optionen nach einem Abschluss sind momentan durch extreme Unsicherheit gekennzeichnet. Aus diesem Grund liegt es uns am Herzen, nicht mit einzelnen, kleinteiligen Plänen, sondern gemeinsam als Hochschulgemeinschaft und nachhaltig auf die Pandemie zu reagieren.

Wir hoffen, dass Sie unsere Empfehlungen zu Herzen nehmen und wir gemeinsam für die genannten Herausforderungen eine Lösung finden können, um auch aus dieser verschärften Pandemielage als starke und solidarische Hochschulgemeinschaft hervorzugehen.

Mit freundlichen Grüßen,

das Student\*innenparlament der Universität Lüneburg